

Doppeltes Jubiläum

Parlament feiert 100 Jahre erste Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung und 100 Jahre Frauenwahlrecht – Veranstaltung zum Gedenken an die ersten acht weiblichen Abgeordneten



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

100 Jahre erste konstituierende Sitzung – 100 Jahre Frauenwahlrecht – am Rednerpult: die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures

Vor genau 100 Jahren, am 4. März 1919, trat bei der ersten Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung erstmals in Österreich ein Parlament zusammen, in dem Frauen vertreten waren und das von Frauen und Männern gewählt worden war. Aus Anlaß dieses doppelten Jubiläums luden Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures und Dritte Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller am 4. März zu einer Veranstaltung ins Parlament und leiteten damit eine Woche ein, die ganz im Zeichen der Frauen stand.

Bures: Wir dürfen uns nicht auf den Errungenschaften ausruhen

„Acht starke, beeindruckende Frauen haben heute vor 100 Jahren ihre unverbrüchliche Treue geschworen – als Abgeordnete einer jungen parlamentarischen Demokratie“, erinnerte Zweite Nationalratspräsidentin

in ihren Begrüßungsworten. „Diese Pionierinnen stellten damit einen Fuß in jene Tür, die Frauen bis dahin von demokratischer Mitbestimmung ausgeschlossen hatte, ein frischer ‚Wind der Veränderung‘ begann das Hohe Haus zu durchlüften.“ Ein Blick auf die letzten 100 Jahre aus frauenpolitischer Perspektive zeige, daß es keine lineare Entwicklung, sondern vielmehr Phasen des Fortschritts, des Stillstands und auch des massiven Rückschritts gegeben hat, gab Bures zu bedenken. So haben die acht Frauen der ersten Stunde für bessere Lebensbedingungen gekämpft – für den Acht-Stunden-Tag, für Arbeitslosenunterstützung und soziale Fürsorge, für die Öffnung von Bildungseinrichtungen.

Nachdem dieser gesellschaftliche Fortschritt in zwei faschistischen Diktaturen ein jähes Ende fand und Frauen im Nationalsozialismus auf die Rolle opferbereiter und lei-

densfähiger Mütter reduziert wurden, sei erst im gesellschaftlichen Aufbruch der 60er-Jahre eine neue Frauenbewegung entstanden. In den 70er-Jahren gelang es dann unter der Regierung Kreisky, frauenpolitische Reformen auf den Weg zu bringen – von der Gleichstellung im bürgerlichen Recht, der Reform des Familien- und Eherechts bis hin zur Fristenregelung. Die Einrichtung des Frauenministeriums, die Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Gleichbehandlungsgesetz und die beiden Gewaltschutzgesetze sind für Bures weitere wichtige Meilensteine in der Frauenpolitik der folgenden Jahrzehnte.

„Wir dürfen uns heute nicht auf den Errungenschaften ausruhen“, mahnte Bures und rief vor allem die Generation der Töchter auf, weiter für volle Gleichberechtigung zu kämpfen. Die Zweite Nationalratspräsidentin erinnerte dabei an die Forderung von



Johanna Dohnal nach einer Steigerung des Frauenanteils in den gesetzgebenden Körperschaften und meinte, ein Drittel Frauen im Nationalrat sei wenig. Aktuell ist für Bures auch die Frauenquote, wobei sie Maria Fekter zitierte, die nach 27 Jahren Politik zu dem Schluss gekommen war: „Es funktioniert nicht ohne Quote.“ Es sei Auftrag und Vermächtnis der acht Pionierinnen, als Frauen hartnäckig zu bleiben und täglich aufs Neue Frauenrechte zu erkämpfen und zu verteidigen und für ein selbstbestimmtes, unabhängiges und diskriminierungsfreies Leben einzutreten, schloß Bures.

Stelzl-Marx erinnert an den Kampf der ersten acht Mandatarinnen für die Rechte der Ärmsten

Barbara Stelzl-Marx, Leiterin des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung, richtete ihren Blick auf die histori-

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer



Zweite Nationalratspräsidentin Dores Bures (SPÖ) bei der Eröffnung der Veranstaltung



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

Keynote durch Barbara Stelzl-Marx

sche Entwicklung des Frauenwahlrechts und stellte fest, die Ereignisse von 1919 seien keine Stunde Null gewesen. Nach der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts 1907 nur für Männer – dem Höhepunkt des Ausschlusses der Frauen von der Politik, wie sie sagte – kam es bereits in den Jahren 1911 und 1913 zu machtvollen Demonstrationen für gleiche Rechte, in denen Frauen das Wahlrecht forderten. Im Ersten Weltkrieg vereinigten die Frauen ihre Kräfte im Kampf für den Frieden, bevor mit dem Kriegsende und der Gründung der Republik die Voraussetzungen für das Frauenwahlrecht geschaffen waren.

Am 12. November 1918 – noch vor der Abdankung Kaiser Karls – führte die Provi-

sorische Nationalversammlung das aktive und passive Wahlrecht für die Frauen ein, sodaß sich Frauen nun erstmals politisch betätigen durften. Frauen waren, so Stelzl-Marx, ein unberechenbarer Faktor in der Politik, ihr Wahlverhalten war schwer einschätzbar. Jede Partei glaubte, daß die neue Wahlmasse dem politischen Gegner zum Sieg verhelfen würde. So gab es auch ab 1920 verschiedenfarbige Wahlkuverts, um das Wahlverhalten der Frauen zu erfassen.

Am 4. März 1919 zogen sieben Sozialdemokratinnen und eine Christlich-Soziale ins Parlament ein. Alle acht Frauen der ersten Stunde waren bereits seit Langem politisch aktiv. Sie vertraten Themen, die zuvor vernachlässigt worden waren, so etwa Sozialpo-

litik, Familienpolitik und Bildungspolitik. Stelzl-Marx erinnerte an Adelheid Popp, die nur drei Jahre Schulbildung hatte und als erste Frau ans Rednerpult des Parlaments trat, wo sie zum Gesetz über die Abschaffung des Adels Stellung nahm und gleiche Rechte für alle einforderte. Oder an Anna Boschek, die als erste Frau einen Gesetzesantrag einbrachte – ein Hausgehilfennengesetz. Auch Amalie Seidel, Maria Tusch, Emmy Freunlich und Therese Schlesinger setzten sich für soziale Themen, für Frauenbildung und Arbeitnehmerinnenschutz ein. Gabriele Proft wiederum wurde sowohl im Ständestaat als auch während der NS-Diktatur inhaftiert. Hildegard Burjan schließlich, die einzige christlich-soziale Abgeordnete unter den acht Pionierinnen, hatte einen Universitätsabschluß und kämpfte für Mutterschutz und gegen Kinderarbeit. Sie wurde 2011 vom Papst seliggesprochen.

Die acht ersten Frauen im Parlament setzten sich insgesamt gegen Not und für die Rechte der Ärmsten ein, ihr Engagement ist bis heute von großer Aktualität, hob Stelzl-Marx hervor.

Bestandsaufnahme von 100 Jahren Frauenpolitik

Die Würdigung der Pionierinnen der österreichischen Frauenpolitik und Aufrufe zum verstärkten politischen Engagement von Frauen standen im Mittelpunkt der Reden der Frauensprecherinnen der Fraktionen im Rahmen der Festveranstaltung des Nationalrats.



Jeitler-Cincelli: Feminismus ist Empowerment zu einem selbstbestimmten Leben

In Vertretung von ÖVP-Frauensprecherin Barbara Krenn, die aufgrund einer Erkrankung kurzfristig absagen mußte, sprach ÖVP-Abgeordnete Carmen Jeitler-Cincelli über die Ziele, welche die Frauenbewegung heute hat. Mit Blick auf die ersten acht weiblichen Abgeordneten zum Nationalrat, die vor genau 100 Jahren erstmals an einer Nationalratssitzung teilnahmen, rief Jeitler-Cincelli dazu auf, das Gemeinsame vor das ideologisch Trennende zu stellen. So wie die Pionierinnen unter den Abgeordneten vor 100 Jahren den gemeinsamen Auftrag fühlten, der jungen Republik Stabilität zu geben, so gelte es auch heute, den Menschen in Österreich Mut zu machen. Die Abgeordnete erinnerte auch an die Männer, die damals die politischen Karrieren von Frauen gefördert hätten. Nach 100 Jahren seien es glücklicherweise weit mehr Männer, die dazu bereit seien. Frauen und Männer könnten heute gemeinsam eine positive Sicht des Feminismus entwickeln, meinte Jeitler-Cincelli, die auf die von Emma Watson ins Leben gerufene weltweite Solidaritätskampagne „HeforShe“ verwies. Sie verstehe Feminismus als Empowerment, sagte die Abgeordnete, die Möglichkeit, daß Frauen und Männer gemeinsam das sein können, was sie möchten.

Heinisch-Hosek: Selbstbestimmung erschöpft sich nicht in Selbstoptimierung

SPÖ-Frauensprecherin Gabriele Heinisch-Hosek stellte das Selbstbestimmungsrecht von Frauen in den Mittelpunkt ihrer Rede. Sie bezog sich dabei auf die sechste Forderung des aktuellen Frauenvolksbegehrens, „Vielfalt leben“. Heinisch-Hosek erinnerte an den Betrag von drei bereits verstorbenen Frauenministerinnen der Zweiten Republik, die sich stets für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen eingesetzt hätten: Johanna Dohnal, Barbara Prammer und Sabine Oberhauser. Das Recht von Frauen, über ihren eigenen Körper zu verfügen, werde immer mehr ein Zwang zur Selbstoptimierung, merkte Heinisch-Hosek kritisch an. Denen, die sich ihr unterwerfen, würden Versprechen gemacht, die von der Lebensrealität nicht eingelöst werden könnten, sagte die SPÖ-Frauensprecherin. Sie zitierte das Buch „Meat Market“ (Fleischmarkt) der britischen Feministin Laurie Penny, das sich mit den Stereotypen auseinandersetzt, mittels derer Kontrolle über Frauenkörper ausgeübt wird. Zugespißt besage die These von Penny, daß das gegenwärtige Wirtschaftssystem zusam-



Carmen Jeitler-Cincelli (ÖVP)



Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ)



Carmen Schimaneck (FPÖ)

Alle Fotos: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

menbrechen würde, wenn alle Frauen aufhörten, sich dem Diktat der Modeindustrie, Schönheitsindustrie, Fitnessindustrie und anderer Industriezweige zu unterwerfen, erläuterte Heinisch-Hosek. Gegen diese Optimierungszwänge gelte es, das Recht einzufordern, Vielfalt tatsächlich leben zu können.

Schimaneck: Durchsetzung des Frauenwahlrechts – eine lange, noch nicht abgeschlossene Geschichte

FPÖ-Frauensprecherin Carmen Schimaneck warf einen Blick auf die Geschichte des Frauenwahlrechts. Die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht gehe auf die Zeit der Aufklärung zurück, die in der französischen Revolution kulminierte. In Österreich sei die Forderung erst mit dem Revolutionsjahr 1848 angekommen, an ein Wahlrecht auch für Frauen war noch lange nicht zu denken. Es habe des engagierten und mutigen Einsatzes vieler Frauen bedurft, wie etwa der britischen Suffragetten, um das Wahlrecht für alle zu erkämpfen. Nach dem Ersten Weltkrieg kam man an den Frauen nicht mehr vorbei. Österreich war damit eines der ersten Länder Europas mit einem allgemeinen Wahlrecht auch für Frauen. Andere Länder zogen erst sehr spät nach, und noch heute gebe es Staaten, die das Wahlrecht für Frauen beschränken. „Demokratie ist ein wertvolles Gut, das gepflegt und verteidigt werden muß“, betonte Schimaneck. Sie sei daher besorgt darüber, daß sich Tendenzen zu einem Rückgang der Wahlbeteiligung bemerkbar machen. Das betreffe nicht nur das aktive, sondern auch das passive Wahlrecht, für die Parteien werde es zunehmend schwieriger, geeignete KandidatInnen zu finden. Schimaneck schloß sich dem Ruf ihrer Vorrednerinnen an, gemeinsam für die Weiterentwicklung der politischen Teilhabe von Frauen zu arbeiten.

Krisper: Frauen in der Politik brauchen Unterstützung und müssen einander unterstützen

Stephanie Krisper von den NEOS stellte am Anfang ihrer Rede fest, daß das aktive Wahlrecht in Österreich für Männer und Frauen zwar vollständig umgesetzt sei, daß es aber noch immer Defizite gebe, wenn es um das passive Wahlrecht gehe. Nur rund 37 Prozent der Abgeordneten seien weiblich, obwohl der Frauenanteil in der Bevölkerung bei 51 Prozent liege. Krisper vermutete dahinter alte Mechanismen des Machterhalts in den Händen von Männern, die nicht so leicht aufzubrechen seien. Zu diesen Mechanismen

gehören für Krisper die Abwertung des politischen Engagements von Frauen. Frauen in der Politik würden schneller mit dem Vorwurf der „Kritiksucht“ konfrontiert als Männer, das könne sie aus eigener Erfahrung bestätigen. Ihre eigene Partei habe daher vieles unternommen, um Frauen gezielt zu fördern, und der Erfolg sei, daß ihre Fraktion zur Hälfte aus weiblichen Abgeordneten bestehe. Die Teilnahme von Frauen an der Politik müßte gezielt gefördert werden, forderte Krisper. Aus ihrer Sicht wäre sehr vieles gewonnen, wenn politisch tätigen Frauen nicht mehr abwertend begegnet wird. Zudem müßten Frauen lernen, einander zu unterstützen und zu stärken.

Cox: Frauen müssen einander Mut machen

Sie sei mit Herzklopfen das erste Mal ans Rednerpult des Parlaments getreten, sagte JETZT-Frauensprecherin Stephanie Cox. Auch beim aktuellen Anlaß schlage ihr Herz schneller. Sie interpretiere dieses Herzklopfen jedoch als den Applaus ihres Herzens für die vielen mutigen Frauen, die durch ihren Einsatz und Kampf ermöglicht haben, daß Frauen heute ganz selbstverständlich Abgeordnete sein können. Die ersten weiblichen Abgeordneten des Hohen Hauses hätten viele neue Themen in seine Debatten eingebracht und damit den politischen Diskurs erweitert. Cox sprach ebenfalls die Unterrepräsentanz von Frauen im Parlament an. Die höchsten politischen Ämter seien für Frauen bisher nur theoretisch erreichbar, merkte Cox an. Sie hoffe, daß es bald genauso viele weibliche wie männliche Abgeordnete, Staatsoberhäupter und Regierungschefs geben werde. Dazu brauche es aber mehr Frauen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, auch wenn es immer noch Männer gebe, die das irritiere. Das Parlament habe hier eine Vorbildwirkung. Frauen müßten lernen, Allianzen zu bilden und einander gegenseitige Unterstützung zu geben und Mut zu machen. Sie wolle aus ihrer eigenen Erfahrung heraus junge Frauen ermutigen, gleichberechtigt am politischen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, sagte Cox.

Stainer-Hämmerle: Die Gläserne Decke ist in vielen Fällen immer noch sehr dick.

Politikwissenschaftlerin Kathrin Stainer-Hämmerle betonte, die Emanzipation von Frauen könne nur gelingen, wenn auch Männer sich emanzipieren. Wenn Männer die Erwartungen, die an sie gestellt werden, etwa Familienernährer zu sein, ebenfalls als dis-



Stephanie Krisper (NEOS)



Stephanie Cox (JETZT)



Prof. Kathrin Stainer-Hämmerle

Alle Fotos: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

kriminierend begreifen und sich von ihnen trennen wollen. Seit dem 4. März 1919, als die ersten acht Frauen in das Parlament Einzug hielten, habe sich einiges verändert, hielt Stainer-Hämmerle fest. Von einer Gleichstellung der Geschlechter sei man in Österreich aber nach wie vor weit entfernt. „Die Gläserne Decke ist in vielen Fällen immer noch sehr dick.“ Diskriminierungen von Frauen seien heute subtiler als damals, erklärte Stainer-Hämmerle in ihrer Keynote. Rechtlich sei die Gleichstellung, für die jahrzehntelang gekämpft wurde, inzwischen zwar erreicht, im „realen Leben“ sehe es aber anders aus. Das zeige unter anderem die geringe Zahl von weiblichen Vorständen in börsennotierten Unternehmen und von Bürgermeisterinnen in Österreich. Auch seien hierzulande die Lohnverluste von Frauen zehn Jahre nach der Geburt eines Kindes laut einer internationalen Studie mit 51 Prozent deutlich höher als in den allermeisten anderen Ländern. Und gut dotierte Jobs im Bereich der öffentlichen Hand würden zwar aufgeteilt, so die Politikwissenschaftlerin, „aber nach Partei und nicht nach Geschlecht“. Kritisch sieht die Expertin auch die hohe Teilzeitbeschäftigung von Frauen.

Daß Männer nach wie vor häufiger bezahlter Arbeit nachgehen als Frauen, die weitaus öfter unbezahlte Arbeit, also etwa Kindererziehung, Haushalt und Pflege, übernehmen, führt Stainer-Hämmerle nicht zuletzt auf diskriminierende Rollenbilder zurück, die nach wie vor tief verwurzelt seien. Es werde noch ein langer und zäher Kampf, bis sich diese Bilder in den Köpfen verändert haben, glaubt sie. Allerdings sieht sie auch positive Entwicklungen, etwa was das Bekenntnis von Vizekanzler Heinz-Christian Strache zum Papamonat betrifft.

Gleichstellung in allen Lebensbereichen müsse jedenfalls das erklärte Ziel bleiben, bekräftigte Stainer-Hämmerle, auch wenn es verschiedene politische Konzepte zur Erreichung dieses Ziels gibt. Im Sinne internationaler Solidarität, sprach sie sich außerdem dafür aus, Verfolgung aufgrund des Geschlechts als Flucht- und Asylgrund in die Genfer Flüchtlingskonvention aufzunehmen. Geflüchtete Frauen aus dem arabischen Raum würden trotz ihres Mutes kaum Unterstützung in der Öffentlichkeit finden, bedauerte sie.

Kitzmüller: Frauen sind nicht mehr aus Politik in Österreich wegzudenken

Die Schlußworte zur Veranstaltung blieben der zweiten Frau im Präsidium des Na-



tionalrats, Dritter Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller, vorbehalten. Sie hob hervor, daß vor 100 Jahren wichtige Weichen sowohl für Frauen als auch für Männer gestellt wurden. Frauen hätten endlich Rechte erhalten, auch wenn, was das Erreichte betrifft, nach wie vor „Platz nach oben ist“.

Seit die ersten weiblichen Mandatarinnen 1919 in das Parlament einzogen, seien Frauen jedenfalls nicht mehr aus der österreichischen Politik wegzudenken, betonte Kitzmüller. Die Nationalrätinnen, Bundesrätinnen und Gemeinderätinnen seien wesentliche Stützen der Gesellschaft und auch Vorbild für junge Mädchen und Frauen. Es sei wichtig, Mädchen zu stärken und ihnen Mut zu machen, ihre Meinung kundzutun und ihren Weg zu gehen, wofür immer sie sich auch entscheiden. Kitzmüller beklagte, daß Frauen oft kritischer gegenüber Frauen sind als gegenüber Männern, hier brauche es ein Umdenken. Es gelte, gemeinsam an einem Strang zu ziehen und gemeinsam für die Frauen einzutreten.

Die ersten acht Reden der ersten weiblichen Mandatarinnen

Dem im Jahr 1918 mit der Republik ausgerufenen Frauenwahlrecht ging ein langer und harter Kampf um politische Mitbestimmung und Teilhabe voraus. „Acht Frauen, sieben Sozialdemokratinnen und eine Christlich-Soziale, zogen fast auf den Tag genau – am 4. März 1919 – als erste weibliche Abgeordnete in das österreichische Parlament ein“, sagte Zweite NR-Präsidentin Doris Bures am 8. März am Vorabend des Weltfrauentages, knapp 100 Jahre nachdem die ersten acht Frauen ins Parlament eingezogen sind. „Sie und viele Weggefährtinnen



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Dritte Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller (FPÖ)

haben den Kampf um ihre demokratischen Rechte schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begonnen. Ihnen verdanken wir das allgemeine, freie, gleiche, geheime, persönliche und unmittelbare Wahlrecht – für Frauen und Männer. Die Reden zeigen uns das zarte Pflänzchen der Demokratie, das seine Wurzeln in der noch so jungen Ersten Republik geschlagen hat.“ Ebendiese Reden dieser Pionierinnen wurden von den Schauspielerinnen Elisabeth Orth, Dorothee Hartinger, Petra Morze sowie Alexandra Henkel im Parlament verlesen.

Bures: „Wenn eine dieser acht Frauen vor 100 Jahren im historischen Sitzungssaal ans Rednerpult kam, dann blickte sie in einen Saal mit 151 Männern, und nur sieben Frauen. Wenn heute eine Abgeordnete hier an die-

ses Pult kommt, dann sitzen ihr immer noch 115 Kollegen gegenüber, aber doch schon 67 Kolleginnen. Aber noch immer nicht die Hälfte. Heute sind Frauen vor dem Gesetz gleichberechtigt und vor Diskriminierung geschützt. Doch die Lebensrealität von Frauen ist eine andere. Und es ist unser Auftrag, das zu ändern. Wir müssen vehement für ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben eintreten. Wir müssen soziale und wirtschaftliche Benachteiligungen beseitigen. Frauen vor Altersarmut bewahren und vor Gewalt in den eigenen vier Wänden schützen.“

Szenisch und mit Verve vermittelten die Schauspielerinnen die einzelnen Debattenbeiträge der damaligen Zeit. Zwischenrufe, Ermahnungen des Präsidenten zur Countenance und auch die starken und engagierten Ansprachen waren Teil der Lesung. Die Schauspielerinnen ermöglichten mit ihrer Lesung der Reden der Abgeordneten einen Rückblick in die damalige Zeit. Autorin und Journalistin Sibylle Hamann begrüßte die Gäste und führte mit ihrer Moderation durch den Abend.

Die ersten Worte der Abgeordneten Hildegard Burjan, Anna Boschek, Emmy Freundlich, Adelheid Popp, Gabriele Proft, Therese Schlesinger, Amalie Seidel und Maria Tusch erinnerten 100 Jahre nach ihren ersten Debatten in der Konstituierenden Nationalversammlung noch einmal an die damalige politische Lage der jungen Republik sowie an die Themen, denen sich die Abgeordneten als Erstes gewidmet hatten. Verlesen wurden sie in der Reihenfolge, in der sich die damaligen Abgeordneten erstmals zu Wort gemeldet hatten (zwischen 1919 und 1920).



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes

v.l.: Petra Morzé, Elisabeth Orth, Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, Moderatorin Sibylle Hamann, Alexandra Henkel und Dorothee Hartinger

Ausstellungseröffnung zu 100 Jahren Frauenwahlrecht

Vor 100 Jahren zogen erstmalig acht Frauen in die Konstituierende Nationalversammlung des österreichischen Parlaments ein, nachdem im Jahr 1918 die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen wurden. Unter dem Titel „Gleiche Rechte – 100 Jahre Wahlrecht für Frauen“ widmet das Parlament nun diesen Pionierinnen eine weitere Ausstellung am Heldenplatz, die am Internationalen Frauentag (8. März) eröffnet wurde.

Die ersten weiblichen Parlamentarierinnen, deren Porträts nun in einer Art „Wandzeitung“ präsentiert werden, haben bewiesen, daß es sich lohnt, für die Sache der Gleichberechtigung zu kämpfen, betonte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Wie schon bei der Ausstellung zum 100jährigen Republikjubiläum, die ein großer Erfolg war und täglich von über 500 Personen besucht wurde, wolle man damit nun erneut ein sehr wichtiges Thema in das kollektive Bewußtsein rücken.

Wir sollten uns diese acht Frauen zum Vorbild nehmen, erklärte die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, denn sie hätten gezeigt, was möglich ist, wenn sich Frauen in aller Geschlossenheit und Konsequenz für eine Verbesserung der Lebensumstände einsetzen. Auch wenn vieles schon gelungen sei, so müsse dieser Weg fortgeführt werden, damit Frauen ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben führen können. Mittlerweile gebe es 68 Mandatarinnen im Hohen Haus, zeigte Bures auf, aber es brauche noch mehr weibliche Vertreterinnen auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene.

Auch nach Auffassung von Anneliese Kitzmüller, der Dritten Nationalratspräsidentin, gebe es noch in vielen Bereichen Luft



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Bei der Eröffnung am Heldenplatz: (v.l.): NR-Präsident Wolfgang Sobotka, NR-Präsidentin Doris Bures, Bundesratspräsident Ingo Appé und NR-Präsidentin Anneliese Kitzmüller

nach oben. Es brauche insbesondere mehr Wertschätzung für alle Frauen, egal für welches Lebensmodell sie sich entscheiden, denn alle Tätigkeiten seien gleich viel wert. Sie werde sich jedenfalls dafür einsetzen, daß Frauen bei der Verwirklichung ihrer Wünsche unterstützt und gefördert werden.

Auf den zehn Standrahmen werden die ersten acht Parlamentarierinnen sowie die spätere Bundesratspräsidentin Olga Rudel-Zeynek – weltweit die erste Frau an der Spitze einer gesetzgebenden Körperschaft – porträtiert. Die Protagonistinnen aus verschiedenen politischen Lagern – Anna Boschek, Hildegard Burjan, Emmy Freundlich, Adelheid Popp, Gabriele Proft, Therese Schlesinger, Amalie Seidel, Maria Tusch und Olga Rudel-Zeynek – waren die Wegbereiterinnen dafür, daß Frauen zu einem entscheidenden Faktor in der Politik geworden sind.

Konzipiert wurde die frei zugängliche Ausstellung am Heldenplatz von der Präsidentin der Akademie Graz, Astrid Kury, sowie vom Architekten Alexander Kada. Es handle sich um herausragende Persönlichkeiten, die trotz aller – teils massiven – Widerstände, für die Frauenrechte eingetreten sind, erläuterte Kury. Da viele von ihnen unter dramatischen sozialen Bedingungen aufwuchsen, habe sie die Frage der Gerechtigkeit in den Mittelpunkt des Konzepts gestellt. Ausstellungen im öffentlichen Raum seien das Format der Stunde, war Alexander Kada überzeugt, weil man sich damit auf die BesucherInnen zubewege. Er hoffe, daß die „Wandzeitung“ auf den Displays genauso gut angenommen wird wie die vorangegangene zur Republikgründung. ■

<http://www.parlament.gv.at>

Quelle: Parlamentskorrespondenz



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen